



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

**An die
Medien**

Dortmund

08.02.06

Pressemitteilung „Donnerschlag“

„Ladenschluss für Donnerschlag“ - Keine Vermietung von Räumlichkeiten an Rechtsradikale

Der Rat der Stadt soll alle Vermieterinnen und Vermieter in Dortmund auffordern, keine Räumlichkeiten für Rechtsradikale und Neonazis zur Verfügung zu stellen sowie alle Möglichkeiten zu nutzen, bestehende Mietverhältnisse schnellstmöglich zu kündigen.

Das sieht ein Antrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vor, der in der kommenden Woche auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates aufgenommen werden soll.

Ernst Prüsse, Fraktionsvorsitzender der SPD: „Wir wollen, dass der Rat ein klares Zeichen gegen die Neonazis und ihre Strukturen setzt, in dem er sich der bereits bestehenden Resolution „Ladenschluss für Donnerschlag“ der Bezirksvertretung Innenstadt-West anschließt. In dieser Resolution wird insbesondere die Schließung des Nazi-Ladens „Donnerschlag“ an der Rheinischen Strasse gefordert, aber auch an Vermieter appelliert, den Rechtsradikalen keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.“

Daniela Schneckenburger, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN: „Die Aufmärsche von Neonazis am 28. Januar sowie am 3. und 4. Februar waren die bislang letzten Versuche, ganz Dortmund zu einem ihrer Aktionszentren zu machen. Es ist wichtig, dass auch der Rat den Parolen und Provokationen der Rechtsradikalen ein deutliches Signal entgegengesetzt, so wie es mehrere tausend Menschen insbesondere am 28. Januar auf den Gegendemonstrationen zum rechten Aufmarsch getan haben. Das schließt ein konsequentes Vorgehen gegen die Strukturen der Naziszene ein.“

Zu diesen Strukturen, so **Prüsse und Schneckenburger**, zählen Geschäfte wie der Nazi-Laden "Donnerschlag" an der Rheinischen Strasse. Geschäfte wie dieses sind neben dem Internet mit seinen Online-Shops wichtiger Bestandteil der Neonazi-Infrastruktur vor Ort. Sie dienen über den Verkauf und die Verbreitung rechtsradikaler Produkte hinaus als Möglichkeit



SPD-Fraktion im
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im
Rat der Stadt Dortmund

zur Kontaktaufnahme mit Jugendlichen, der Heranführung an rechtsextreme Inhalte und Strukturen sowie als Treffpunkt zur Kommunikation und Planung von Aktionen. Die Bezirksvertretung Innenstadt-West hatte deshalb im letzten Jahr die Schließung des Ladens gefordert und an die Vermieter der Räumlichkeit appelliert, das Mietverhältnis zu kündigen.

Prüsse und Schneckenburger: „Die Bezirksvertretung hat mit ihrer Resolution den ersten Schritt gemacht. Wir wollen mit unserem Antrag dieser Resolution noch mehr Gewicht verleihen und als oberstes Gremium der Stadt an alle Vermieterinnen und Vermieter appellieren, den Rechtsradikalen keine Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Potentiellen Vermietern muss bewusst sein, dass sie damit zur Stärkung der Neonazi-Szene in unserer Stadt beitragen.“